



## **Änderungsantrag**

der Abgeordneten des SSW

### **Neubau von Kohlekraftwerken in Schleswig-Holstein verhindern**

Drucksache 16/ 1378

Der Landtag wolle beschließen:

1.
  - Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass es langfristiges Ziel aller Bemühungen in der Energiepolitik sein muss, auf die dezentrale Versorgung durch erneuerbare Energieträger umzuschwenken. Hierzu ist es notwendig, das Stromnetz umzubauen, damit dezentrale Energien erschlossen werden können.
  - Weiter stellt der Schleswig-Holsteinische Landtag fest, dass jede Form der Gewinnung von fossilen Energien grundsätzlich eine schlechtere Alternative als erneuerbare Energien darstellt und deshalb diese Energienformen auf ein Mindestmaß begrenzt werden müssen.
2.
  - Da vor dem Hintergrund des Atomausstiegs in Deutschland kurz- und mittelfristig Ersatzkraftwerke notwendig sein werden, müssen diese vornehmlich dort entstehen, wo schon jetzt Anschlusskapazitäten vorhanden sind oder diese frei werden. In Schleswig-Holstein trifft dies in besonderem Maße für Brunsbüttel zu.
  - Für die kurz- und mittelfristige Versorgung stehen hier die fossilen Energieträger Kohle, Gas und Öl zur Verfügung. Sollten diese genutzt werden, darf dies nur erfolgen, um nachweislich die lebensgefährliche Atomkraft zu ersetzen oder um alte Kohlekraftwerke vom Netz nehmen zu können. Weiter dürfen diese Energieträger nur als mittelfristige Übergangstechnologie zugelassen werden. Dies ist im Genehmigungsverfahren sicher zu stellen.

3.

- Die kurz- und mittelfristige Nutzung von fossilen Energieträgern entbindet das Land Schleswig-Holstein nicht davon, auch in Zukunft ein Wegbereiter der erneuerbaren Energien zu sein und hier entsprechend aktiv zu sein. Hierfür müssen alle planungsrechtlichen und gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden.
- Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert daher die Landesregierung auf, in der 26. Tagung des Landtages konkret in einem schriftlichen Bericht darzulegen, mit welchen Initiativen zur Änderung von planungsrechtlichen und gesetzlichen Grundlagen sowie mit welchen Fördermaßnahmen sie dafür sorgen will, dass die langfristige Umstellung auf erneuerbare Energien gelingen kann.

Lars Harms  
für die Abgeordneten des SSW